

SVP-Klartext

DIE ZEITUNG DES MITTELSTANDES



EU-Erpressung

Nationalrat Hans Fehr ist überzeugt: «Jetzt geht die EU zu weit!»

Seite 5



Jugendgewalt

«Das sind Folgen der massiven Zuwanderung», sagt Grossrätin Sylvia Flückiger.

Seite 7



Verweigerung

Nationalrat Ueli Maurer: Linke blockieren die Umsetzung des Volkswillens.

Seite 9

AZB Zofingen – Preis Fr. 35.– jährlich – erscheint monatlich – Auflage 55 000 Expl. – www.svp.ch – klartext@svp.ch – Ausgabe Nr. 3/2007

EU-Erpressung:

SVP bekommt recht

Gregor A. Rutz, Generalsekretär
SVP Schweiz Seite 3

Die Menschen hinter den Zahlen

lic. iur. Hermann Lei Seite 8

Lebenslängliche Verweigerung

Interview A. Chabaan Seite 10

Swissair, Swiss und Besserwisser

Nationalrat Christoph Mörgeli
Seite 11

Wirtschaftsförderung: ein Widerspruch in sich

Nationalrätin J. Hutter Seite 13

Kann Medienhetze die SVP stoppen?

Ständerat Maximilian Reimann
Seite 14

Reklame

**Benzin sparen
+
Geld verdienen**



www.bmb.li
bmb@bmb.li
079 432 33 73

Zuhause in allen Medien

ztprint

ZOFINGER
TAGBLATT

ztonline WIGGERTALER

Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20
4800 Zofingen, Telefon 062 745 93 93

EU erpresst Schweiz

Die EU stört sich am Steuersystem der Schweiz und an der Steuerhoheit der Kantone. In Tat und Wahrheit will die EU wieder einmal Geld und Zusagen von der Schweiz. Dies haben wir Politikern der SP und der Grünen zu verdanken, welche die EU gegen die Schweiz aufgehetzt haben. Jetzt wird sich zeigen, welche Parteien standhaft bleiben und dem Druck aus Brüssel widerstehen.

Weiter Seite 5

© Margouillat Photo – FOTOLIA





STIFTUNG
FÜR BÜRGERLICHE
POLITIK

Ihre langfristige Investition für eine bürgerliche Politik

Zur finanziellen Unterstützung ihres Einsatzes für eine neutrale, unabhängige Schweiz, für eine geradlinige Ordnungspolitik und für einen gesunden Staatshaushalt hat die SVP die «Stiftung für bürgerliche Politik» ins Leben gerufen. Die Stiftung bezweckt, die Partei mit den Anlageerträgen des Stiftungsvermögens in der politischen Grundlagenarbeit und Meinungsbildung auf Bundesebene finanziell zu unterstützen. Mit Ihrer Spende oder Ihrem Legat können Sie auch über Ihr eigenes Leben hinaus die SVP und deren bürgerliche Politik unterstützen.

Auskünfte zur Stiftung wie auch über die Errichtung eines Legates bzw. Vermächnisses erteilt Ihnen gerne der Stiftungsratspräsident, Nationalrat Hans Kaufmann, Niederweg 18a, 8907 Wettswil, oder Gregor A. Rutz, Generalsekretär SVP, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern (Tel. 031 300 58 58).

Impressum **SVP-Klartext** Die Zeitung des Mittelstandes

Herausgeberin: Stiftung SVP-Parteizeitung

Erscheinungsweise: 12x/Jahr

Chefredaktoren: Matthias Müller und Roman S. Jäggi

Inserate: Roman S. Jäggi

Adresse:

Generalsekretariat SVP
Postfach 8252, 3001 Bern
Telefon 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59,
E-Mail: klartext@svp.ch

Jahresabonnement:

Für Nicht-Parteimitglieder Fr. 35.–
(Parteimitglieder erhalten SVP-Klartext gratis)

Bankverbindung:

Stiftung SVP-Parteizeitung, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck:

zprint/ Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20, 4800 Zofingen,
Telefon 062 745 93 93, Fax 062 745 93 94

Adressänderungen:

Per E-Mail an zollinger@svp.ch oder per Post an Zofinger Tagblatt AG
(Adresse s. «Druck»)

SVP-Diskussionsforum im Internet

Das Diskussionsforum der SVP wird täglich von Tausenden besucht. Diskutieren auch Sie in einem der grössten Diskussionsforen zu politischen Themen der Schweiz. Sie können unregistriert teilnehmen oder sich bei der SVP-Community registrieren. Als Mitglied der SVP-Online-Community bekommen Sie Zugriff zum SVP-Chat und können sich dort mit anderen Mitgliedern zum Chatten verabreden. Im Wahljahr organisieren wir so genannte Promi-Chats mit bekannten SVP-Politikern.

Gehen Sie also ins Diskussionsforum der SVP auf www.svp.ch und registrieren Sie sich noch heute. Es lohnt sich.

Nächste Termine

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort
20./21. April	Gem. Einladung	Klausur der kantonalen Parteipräsidenten	Gem. Einladung
30. Juni	Gem. Einladung	Delegiertenversammlung	Kt. BL

Ihr Inserat in «SVP-Klartext»

«SVP-Klartext» ist die Zeitung für den Mittelstand. Sie erscheint monatlich in einer Auflage von 55000 Exemplaren.

Ab nur 140 Franken sind Sie mit einem Inserat dabei. Auf Wunsch vierfarbig. Neu sogar ohne Farbzuschläge.

Interessiert? Weitere Auskünfte erhalten Sie über Telefon 031 300 58 58 oder E-Mail klartext@svp.ch.



ELPEX AG
Beitlachstrasse 141 • 2540 Grenchen
Kirchbergstrasse 105 • 3401 Burgdorf
Tel. 034 426 25 00 • Fax 034 426 26 09
E-Mail: elpex@spectraweb.ch



Projektierung, Steuerungsbau, Software und Inbetriebnahme alles aus einer Hand - das ist von grossem Nutzen für die Kunden der ELPEX AG. Ausarbeitung der technischen Dokumentation auf modernen CAD/CAE Systemen und ein moderner Schaltschrankbau sind für uns selbstverständlich.



Wir setzen unsere langjährige Erfahrung und unser technologisches Wissen für Sie ein. In der **Industrieautomation** sind wir in verschiedenen Bereichen tätig. Wir steuern die Automation in der Automobil-, Nahrungsmittel-, Papier- und in der Chemischen Industrie.



- ◆ **Projektierung**
- ◆ **Steuerungsbau**
- ◆ **Software**
- ◆ **Inbetriebnahme**
- ◆ **Betreuung**

Visualisierungswünsche und Bedienansprüche werden von uns informativ und übersichtlich realisiert. Dabei arbeiten wir mit neusten Technologien. Testen Sie unsere Leistungsfähigkeit mit Ihrem nächsten Projekt.



Gregor A. Rutz, Generalsekretär SVP

EU-Erpressung: SVP bekommt recht



Kurz nach der Abstimmung über die Kohäsionsmilliarde hat die EU den Schweizern wieder einmal gezeigt, wo der Bartli den Most holt: Die Steuergesetze gewisser Schweizer Kantone seien rechtswidrig, hiess es aus Brüssel. Die EU-Kommission übt sich im Kampf gegen den «schädlichen Steuerwettbewerb». Dass die Angriffe der EU auf unser Land jeglicher Grundlage entbehren, scheint die Brüsseler Beamten wenig zu kümmern. Dass die Souveränität der Schweiz damit frontal angegriffen wird, auch nicht. Die Bürokratie braucht Geld – und dafür ist ihr kein Weg zu schade.

Der Steuerwettbewerb ist namentlich den rot-grünen Politikern seit Jahren ein Dorn im Auge. Auf europäischer Ebene hat die SP nun Verbündete gefunden: Auch die EU-Funktionäre haben wenig Freude an den attraktiven Steuersätzen der Schweizer Kantone. Darum sind verschiedene SP-Exponenten nach Brüssel gepilgert und haben ihr Leid geklagt. Dass die EU

als Reaktion darauf die Schweiz aber gerade so frontal angreifen würde, hätten wohl auch die Sozialdemokraten nicht gedacht. Die skrupellose Einmischung der EU in die schweizerische Steuerhoheit zeigt, wie die Union mit kleinen Staaten umgeht. Nur gut, ist die Schweiz dank der SVP weder dem EWR noch der EU beigetreten.

Die Begründungen der EU sind absurd. Die EU-Funktionäre behaupten, kantonale Steuergesetze verstiessten gegen das Freihandelsabkommen von 1972. Dabei geht es in diesem Abkommen gar nicht um steuerliche Fragen. Konkret hält die EU-Kommission die kantonalen Steuerregeln für Holding- und Verwaltungsgesellschaften für nicht vereinbar mit dem Verbot von Staatsbeihilfen (Art. 23 des Freihandelsabkommens). Sind denn tiefe Steuern nun plötzlich staatliche Subventionen?

An diesen Überlegungen sieht man, wie tief sozialistisch die EU geprägt

ist. Sprechen nicht auch die Schweizer Sozialisten von «Steuergeschenken»? Die «Steuergeschenk»-Mentalität ist brandgefährlich. Hinter diesem Wort steht die Vorstellung, dass dem Staat eigentlich das volle Einkommen jedes Bürgers gehört. Wenn der Erwerbstätige etwas mehr für sich behalten darf und etwas weniger abliefern muss, spricht man von einem «Steuergeschenk». Wenn man eine tiefe Steuerbelastung als «staatliche Subvention» interpretiert, ist dies die gleiche Philosophie. Dies kann kaum unsere Zukunft sein.

Kehren wir zurück zur Vernunft: 1. Lassen wir uns von der EU nicht beeindrucken und reden wir gar nicht über diese absurden Forderungen. 2. Schaffen wir gute Voraussetzungen, dass der Steuerwettbewerb weiterhin spielt und die Schweiz ein attraktiver Wirtschaftsstandort bleibt. Und 3: Sagen wir klar und deutlich Nein zum EU-Beitritt!

Ihr Gregor A. Rutz

Freiwilliger Abonnementsbeitrag

Eine informative, aktuelle und lebendige Parteizeitung ist die Grundlage, um alle Mitglieder und Sympathisanten der SVP auf dem Laufenden zu halten. Die SVP redet Klartext. Die **Parteizeitung «SVP-Klartext»** macht das auch. Die Produktion und der Vertrieb von «SVP-Klartext» sind mit Kosten verbunden, welche gedeckt werden müssen. Aus diesem Grund erlauben wir uns, Ihnen mit dieser Ausgabe einen Einzahlungsschein zu überreichen. Sie haben so die Möglichkeit, einen freiwilligen Abonnementsbeitrag oder eine Spende zu überweisen. Damit leisten Sie einen wichtigen Beitrag für die Zukunft der Parteizeitung «SVP-Klartext».

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Sollte der Einzahlungsschein in dieser Zeitung fehlen, verwenden Sie bitte folgende Bankverbindung:

Bank:
UBS AG, 8098 Zürich
Postkonto:
80-2-2
Zu Gunsten Konto:
CH67 0023 5235 8557 0004 M
Begünstigter:
Schweiz. Volkspartei, 3001 Bern

(Zahlungszweck:
Parteizeitung SVP-Klartext)

So wird die Schweiz missbraucht. Zwei Fälle von Tausenden.

«Wir leben Zürich»

Sie ist 24 Jahre alt und stammt aus der Dominikanischen Republik. Als Prostituierte verdiente sie um die 8000 Franken im Monat. Daneben betätigte sie sich zusammen mit ihrem jamaikanischen Freund im Kokainhandel. Einträglich – aber das rote Zürich ist den Dreisten ein Schlaraffenland: Die Stadt bezahlte der Dominikanerin monatlich 1460 Franken Sozialhilfe. Und dazu noch die Krankenkasse. (siehe Tages Anzeiger, 10. März 2007)

Steuergelder für den heiligen Krieg der Islamisten?

Mit über 81 000 Franken hat die Sozialhilfe der Stadt Zürich einen Liby-

er unterstützt: Sein Arbeitgeber könne ihm monatlich nur 2429 Franken Lohn bezahlen, das reiche nicht für seine Familie. Bereitwillig sprang die Zürcher Sozialindustrie ein. Dass damit auch indirekt der Arbeitgeber subventioniert wird, der so weiterhin ein tiefes Gehalt auszahlen kann, ist schon grundsätzlich falsch. Dass aber über das fragliche Arbeitsverhältnis keine Abklärungen getroffen wurden, ist schlicht ein Skandal: Erstens war das Einkommen des Libyers höher als angegeben. Und zweitens handelte es sich beim Arbeitgeber um eine internationale islamische Organisation, die in ganz Europa Moscheen und Imam-Schulen finanziert. Von den deutschen Behörden wird sie zudem verdächtigt, den heiligen Krieg der Jihadisten zu unterstützen – vielleicht auch mit Zürcher Steuergeldern. (siehe Sonntagszeitung, 11. März 2007)

Bundesrat Samuel Schmid

Wahlfieber, Wahlfreiheit



Das Wahlfieber steigt. Das ist ein gutes Zeichen: Wer ein Amt anvertraut erhält, hat es in einer Republik immer nur auf Zeit inne. In der zeitlichen Begrenzung und in den periodischen Wahlen kommt die Souveränität des Volkes trefflich zum Ausdruck. Nun wird niemand, der seine Pflicht gern erfüllt und der wieder antritt, gleichgültig dem Wahltermin entgegengehen: Vielleicht wird er mitten aus der politischen Arbeit herausgerissen, kann sie nicht mehr abschliessen, und dies, obwohl er, obgleich seine Freunde überzeugt sind, dass die Zeit, das Werkzeug zur Seite zu legen, noch nicht gekommen sei.

Gewiss, Nichtwiederwahlen sind seltener als Wiederwahlen, allein, sie kommen vor. Sie müssen vorkommen, wenn Demokratie nicht zum inhaltlosen Wort werden soll. Nicht die Amtsträger sollen herrschen, sondern das Volk. Rom war strenger, als wir heutigen Schweizer sind: Nach einem Jahr war die Amtszeit der Magistraten zu Ende und nur ganz selten, in ausgesprochenen Notsituationen, wurde eine Ausnahme gemacht. Auf der anderen Seite besaßen die beiden Konsuln an der Spitze der Republik eine Machtvollkommenheit, die sehr weit über alles hinausging, was wir in der moder-

nen Eidgenossenschaft einzelnen Magistratspersonen, ja ganzen verantwortlichen Kollegialbehörden zubilligen. Am Tiber aber war damals das Misstrauen gegenüber der Macht so tief eingewurzelt wie heute an der Aare, der Grundsatz der Brechung, der Kontrolle, der Verteilung von Macht in täglicher Anwendung. Haben solch republikanische Formen noch einen realen Gehalt, wenn die Dinge doch von der äusserst zählebigen Verwaltung bestimmt werden?

Man mache sich keine Illusionen: Die Dossiers sind in der Tat komplex, die Geschäfte zahlreich, die Delegation von Entscheidungsbefugnissen eine praktische Notwendigkeit. Auf der anderen Seite habe ich in über sechs Jahren Arbeit als Bundesrat praktisch festgestellt, dass, wer sich mit Energie der Akten annimmt, wer

seine in Jahrzehnten erworbene Menschenkenntnis nicht ausblendet und wer den Blick für das Ganze bewahrt als Bundesrat, besonders in Zeiten rascher internationaler und nationaler Veränderungen und Reformen, nach wie vor die der Verantwortung des Amtes entsprechenden Wirkungsmöglichkeiten besitzt. Umgekehrt betrachtet: Es ist nicht belanglos, wer gewählt wird. Das Volk wird nach Schweizerart sein Wort sprechen, die Vereinigte Bundesversammlung danach das ihrige. Bis dahin wird uns ein bescheidenes Wahlfieber oder zumindest das, was wir Temperatur nennen, nicht mehr verlassen. Darin kommt direkt und indirekt das Wesen des Politischen nach eidgenössischem Verständnis überhaupt zum Ausdruck, die souveräne Wahlfreiheit des Volkes.

Ihr Bundesrat Samuel Schmid

Werbung

Internet-Auftritte

für SVP-Kandidaten,
Ortsparteien oder KMU.

www.typo3start.ch

Schnell, einfach, günstig
und professionell.

In Flumserberg (SG)
zu verkaufen

Ferienchalet

herrliche Aussicht, ruhige Lage,
gepflegter Ausbau, schnell aus
ZH erreichbar. CHF 795'000.--

Tel. 081 735 29 86
www.sidler-immo.ch

Bruchsch Liecht?



DE NOSI HÄT'S!

20 Jahre

NOSERLIGHT

CH-8909 Zwillikon

Telefon 044 701 81 81, Fax 044 761 86 12
info@noserlight.ch, www.noserlight.ch

Nationalrat Hans Fehr (ZH), Geschäftsführer AUNS

Wir dulden keine EU-Steuervögte

Je mehr Zugeständnisse und Milliardenzahlungen die Schweiz zugunsten der EU macht, desto arroganter werden die Forderungen und die Druck- und Erpressungsversuche Brüssels gegen unser Land. Es gibt nur ein wirksames Gegenmittel: In erster Linie der Bundesrat, aber auch das Parlament, die Parteien und Verbände müssen Rückgrat zeigen und gegenüber Brüssel deutlich machen, dass wir ein souveränes Land sind. Nötigenfalls sind glaubhafte Gegenmassnahmen einzuleiten.

Mit systematischer Regelmässigkeit verfolgen die EU-Funktionäre die folgende Taktik: Jeweils am Tag nach einer «positiven» Europa-Abstimmung konfrontiert Brüssel die Schweiz mit einer neuen Forderung. Am Tag nach der Schengen-Abstimmung vom 5. Juni 2005 liess die EU-Aussenkommissarin Benita Ferrero-Waldner verlauten, ohne ein (zusätzliches) Ja zur erweiterten Personenfreizügigkeit sei Schengen/Dublin nicht zu haben. Kaum war dieses Ja am 25. September 2005 Tatsache geworden, versandte Brüssel den Brief, der den Angriff auf unser Steuersystem einleitete. Und am Tag nach der Zustimmung zur Ostmilliarden-Vorlage am 26. November des gleichen Jahres wurde von Seiten der EU-Kommission unsere kantonale



Steuerhoheit erneut angeprangert. Gleichzeitig forderte Brüssel die «Anpassung der Schweiz an die EU-Regeln» sowie zusätzliche Zahlungen an Rumänien und Bulgarien.

© Michel Piccaya – FOTOLIA



Inzwischen ist unsere Steuerhoheit und damit ein entscheidender Teil unserer Souveränität weiter unter Druck geraten und den Angriffen aus Brüssel ausgesetzt. Noch bleibt der Bundesrat fest und sagt, es gebe in Sachen Steuern nichts zu verhan-

deln. Bereits werden aber Stimmen laut, welche sich für «Gesprächsbereitschaft» sowie allfällige «neutrale Anpassungen» beim Steuersystem – und wohl bald auch für «Verhandlungsbereitschaft» – aussprechen. SP-Exponenten haben in Brüssel und bei den Europäischen Sozialisten (einem Netzwerk, das bezeichnenderweise vom deutschen Ex-Finanzminister und pathologischen Feind des Finanzplatzes Schweiz, Hans Eichel, geleitet wird) sogar gegen unsere Steuerhoheit und den Steuerwettbewerb lobbyiert. Die linke Vorkämpferpartei der EU-Beitrittsapostel betätigt sich damit als fünfte Kolonne und geht in meinen Augen Richtung Landesverrat.

Stärke zeigen, Gegenmassnahmen ins Auge fassen

Wenn nun die Landesregierung, Parteien und Organisationen die EU-

Reibungslose Check-ins an Flughäfen, direkte Demokratie und tiefe Steuern belegen weitere Fälle «unfairer» Schweizer Effizienz

Leserbrief von Stefan Björklund, veröffentlicht am 17.2.07 in der «Financial Times»

Als schwedischer Staatsbürger, der sowohl schon in Grossbritannien als auch in der Schweiz gelebt hat, ist es merkwürdig, die dümmliche Debatte über unfairen Steuerwettbewerb mitzuverfolgen. Die Schweizer kennen nämlich noch viele andere Formen von unfairem Wettbewerb, um erfolgreiche Unternehmen anzulocken.

Nehmen wir meine eigenen jüngsten Reiseerfahrungen: Schlängestehen für Check-in und Sicherheitskontrolle in Kastrup Airport, Kopenhagen: zwei Stunden und 15 Minuten. Schlängestehen in Birmingham International Airport: eine Stunde und 45 Minuten. Dabei vermeide ich jeweils, Heathrow und British Airways zu benutzen, weil die noch schlimmer sind.

Kein Schlängestehen dagegen auf dem Genfer Flughafen, Check-in und Kontrolle innert weniger als 20 Minuten. Vor dem Einsteigen konnte ich Zeitungen kaufen und meinen

Computer benutzen. Ist diese Schweizer Effizienz an Flughäfen nicht ein weiteres Beispiel für unfairen Wettbewerb?

In Grossbritannien oder Schweden kollabiert der Schienenverkehr bei fünf Zentimeter Schnee. In der Schweiz verkehren die Züge zu 90% pünktlich, auch wenn es schneit. Ein weiteres Beispiel für unfaire Effizienz.

Das politische System der Schweiz mit seiner direkten Demokratie ist weniger korrupt als dasjenige von Grossbritannien, Deutschland und Schweden. Ist das nicht ein weiteres himmelschreiendes Beispiel unfairen Wettbewerbs?

Der tiefen Steuern wegen müssen die öffentlichen Dienste in der Schweiz gut organisiert und viel effizienter sein als in Skandinavien und Grossbritannien. Diese Effizienz zusammen mit vernünftigen Steuern ist der wichtigste Vorteil der Schweiz.

(Leserbrief übersetzt und abgedruckt mit freundlichem Einverständnis des Verfassers.)

Erpressungen mehr oder weniger entrüstet von sich weisen (im Fall der SP und anderer Beitrittsbegeisterten eher heuchlerisch), so ist das selbstverständlich positiv. Um glaubwürdig zu sein, müssen aber auch wirksame Gegenmassnahmen geprüft und nötigenfalls ergriffen werden, wie sie die SVP fordert. So beispielsweise die Verweigerung der 350-Millionen-

Forderung zugunsten von Rumänien und Bulgarien und die Nicht-Ratifizierung der entsprechenden Sozialabkommen oder die Einfrierung der Zinsbesteuermillionen. **Den Brüsseler Bürokraten und Anti-Demokraten muss endlich klar gemacht werden, dass die Souveränität unseres Landes nicht verhandelbar ist!**

«In der Unternehmensbesteuerung verfolgen einige Kantone inzwischen die Linie, die allgemeinen Steuersätze deutlich zu senken, und sie haben grossen Erfolg damit. Kann es denn Sünde sein, den Wirtschaftssubjekten mehr Geld zur freien Verfügung zu lassen? Brüssel scheint diesem Gedanken

anzuhängen. Dabei sollte es umgekehrt sein. Mehr Steuerwettbewerb in Europa muss die Devisen lauten. Die Schweiz könnte dafür ein Katalysator sein.»

(Aus: Jürgen Dunsch, Leitartikel *Wirtschaft in der renommierten «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» vom 28. 2. 07.*)

ZUPPIGER & PARTNER

Wirtschafts- und Unternehmensberatung

Schweizergasse 14, Postfach 1013, 8021 Zürich
Telefon 044 226 15 15, Fax 044 226 15 25
E-Mail: info@zuppigerpartner.ch
www.zuppigerpartner.ch

Büro Hinwil:
Bruno Zuppiger
Rebhaldenstrasse 10, 8340 Hinwil
Telefon 044 937 34 57
Fax 044 977 23 90

- Beratung für Klein- und Mittelbetriebe
- Kaderselektion und Personalvermittlung
- Treuhandwesen (Finanz- und Rechnungswesen, Buchhaltungen usw.)
- Beratung in Rechts-, Finanz- und Verwaltungsfragen
- Immobilien-Management und Immobilienverwaltung



ATV und Quad

Diverse Attraktive Modelle
in allen Preislagen

Fahrbar mit PW-Ausweis!
Mit Leasing oder Finanzierung

Vom Spezialisten!
www.garagelang.com
061 981 42 58
4497 Rünenberg BL

Bettenreinigung in einem Tag!

Decken und Kissen werden morgens abgeholt und in einem Tag aufgefrischt. Inhalt reinigen: Decken Fr. 25.-, Kissen Fr. 10.-. Neue Stoffe und Nachfüllung auf Wunsch. Nur 1a-Qualitäten, kein Lebendrupf! Neue Decken und Kissen, auch Spezialanfertigungen. Direktverkauf aus eigener Fabrikation.

Bettwaren
Kloten

BETTFEDERNREINIGUNG
POTEMA®
MOBILE MATRATZENREINIGUNG
ZOLLINGER + CO. AG
• 8424 Embrach, Hardhofstrasse 15
Telefon 044 869 10 75
Samstags auf tel. Anmeldung
www.rafzerfeld.com
bettwaren@rafzerfeld.com

STADLER

Clevere Lösungen auf der Schiene

Damit Bahnfahren Spass macht.

Stadler Bussnang AG
Industriestrasse 4
CH-9565 Bussnang, Schweiz
Telefon +41 (0)71 626 20 20
stadler.bussnang@stadlerrail.ch
www.stadlerrail.com



Sylvia Flückiger-Bäni, Grossrätin, Vizepräsidentin SVP Schweiz (AG)

Schluss mit Brutalität und Jugendgewalt

Jugendgewalt und Sexualdelikte nehmen in erschreckendem Ausmass zu, die Grenzen sind längst überschritten. Vergewaltigungen unter Schülern, brutale Schlägereien, Drohungen, Rasereien mit geklauten Autos und Konsum von Gewalt oder Sex rufen nach hartem Durchgreifen. Das Herunterspielen von Fakten, zu milde Urteile, Streicheleinheiten und falsche Rücksichtnahme ermuntern die Täter, weiterhin gewalttätig zu sein.

Jeden Tag erschrecken uns die Meldungen in den Medien. Wir müssen endlich hinsehen, uns einmischen und klar kommunizieren, dass Gewalt in unserem Land nicht toleriert werden darf. Wenn grundlos auf Mitmenschen eingeschlagen wird, wenn sich junge und ältere Men-

schen nicht mehr in die öffentlichen Verkehrsmittel, auf Strassen und Bahnhöfe wagen, dann ist das Mass übervoll.

Die Ursachen sind vor allem bei der verfehlten Ausländerpolitik der letzten Jahre zu suchen. Vor allem über

den Familiennachzug sind Kinder und Jugendliche in unser Land gekommen, welche weder unsere Sprache noch unsere Ordnung und unsere Gepflogenheiten kennen und offensichtlich überfordert sind. Es besteht dringender Handlungsbedarf, wenn wir nicht in einigen Jahren die gleichen Zustände haben wollen in unserem Land, wie sie heute in Frankreich bestehen. Hilflos stehen dort die Ordnungskräfte den brutal randalierenden Jugendlichen gegenüber.

Wir dürfen nicht mehr tatenlos zusehen und dulden, was sich in unseren Schulhöfen, auf der Strasse und auch im Verborgenen abspielt. Es braucht die richtigen Instrumente und Massnahmen mit abschreckender Wirkung, um diesen Delikten zu begegnen. Und es sind die Opfer, welche unser Mitgefühl dringend nötig haben, nicht die Täter.

Massive Zuwanderung und die Folgen

Die Jugendgewalt wird stark von Ausländern und Eingebürgerten geprägt. Die während Jahren unkontrollierte Zuwanderung (Familiennachzug) von Menschen aus fremden Kulturen und verschiedenen Ethnien stellt unsere Einrichtungen, namentlich die Schulen, vor immer grössere Probleme.

Die Zahl fremdsprachiger, kaum integrierter Kinder in den Schulklassen wächst. Messerstechereien, Schlägereien, Sexualdelikte und eine allgemeine Verrohung und Brutalität des Klimas gehören zum Alltag und drohen unsere eigene Einstellung und das Verhalten der einheimischen



Jugendlichen zu verändern. Bahnhofunterführungen werden gemieden, halten sich dort doch immer mehr Gruppen von jugendlichen Ausländern auf, dealen und bedrohen Passanten. Die Gewalt in Zügen und Bussen nimmt zu, Bus- und Zugpersonal wird angepöbelt, und Schwarzfahren scheint schon fast ein Recht zu sein. Die aufwendigen Bemühungen um Integration zeigen wenig Wirkung.

Die Hände gebunden

Lehrkräfte und Schulbehörden sind zunehmend überfordert. Sie werden zunehmend in erzieherische Aufgaben gedrängt und können sich immer weniger auf ihren eigentlichen Lehrauftrag konzentrieren. Zwangsläufig sinkt das Bildungsniveau. Daran haben alle Beteiligten und vor allem auch unsere Kinder zu leiden. Familien ziehen in andere Gegenden auf der Suche nach Schulen mit weniger ausländischen Schülern.

Schulsozialarbeiter sollen Abhilfe schaffen, verkennen aber das Hauptproblem, nämlich die mangelnde Durchsetzung der geltenden Regeln. Stattdessen wird für jedes Sonderverhalten ein Sonderprogramm geschaffen mit Heimatunterricht aus den verschiedenen Herkunftsländern, Spezialmenüs, freien Tagen für jede religiöse Gemeinschaft und

© Lisa Vanovitch – FOTOLIA



Workshops für Konfliktbewältigung, um nur einige zu nennen.

Zeit für härteres Durchgreifen

An den Schulen ist das Gewaltverbot durchzusetzen, nötigenfalls durch Polizeiunterstützung. Die Schulbehörden müssen die Lehrerschaft unterstützen bei der Ahndung von Verstössen und Unregelmässigkeiten. Drogen, Alkohol, Zigaretten, Handys und bauchfreie Kleidung haben in den Schulen nichts verloren. Die Schule ist weder eine Therapieanstalt noch eine Freizeitwerkstatt.

Das Jugendstrafrecht muss eine entsprechende Verschärfung erfahren, damit der Strafvollzug vermehrt abschreckt. Arbeit muss als Therapie eingesetzt werden. Erstaunlicherweise ist selten bis gar nie die Rede von der Verantwortung der Eltern. Sie haben die Aufgabe, ihren Nachwuchs zu erziehen und zu überwachen, was sich in der Freizeit, in der

Schule und auf der Strasse abspielt. Darum sind die Eltern konsequent in die Pflicht zu nehmen. Sie tragen die Verantwortung und haften für ihre Kinder.

Das linke Programm ist ohne Nutzen

Die Politikerinnen und Politiker des linken Spektrums sehen die Lösung in vermehrten einseitigen Integrationsbemühungen. Kriminalität und Gewalt wird einseitig auf soziale Ursachen zurückgeführt. Man dürfe gewalttätige Jugendliche nicht ausgrenzen und müsse bessere Arbeitsplätze und bessere Wohnungen etc. zur Verfügung stellen.

Das löst kein einziges Problem, denn es mangelt den Gewalttätigen prinzipiell an Respekt, an Leistungswillen, an Eigenverantwortung. Es fehlt schlichtweg an sozialen Fähigkeiten. Und es stimmt eben nicht, dass Personen aus so genannt «sozial benachteiligten Schichten» bes-

ser werden, indem man ihnen alle Wünsche erfüllt, ohne jegliche Leistung dafür zu verlangen.

Eltern tragen die Verantwortung für ihre Kinder

Es fällt auf, wie in den Medien bei der Mitteilung der Delikte beinahe alle Details beschrieben werden, aber nicht geschrieben wird, woher die betreffenden Jugendlichen wirklich stammen. Bewusst wird die Herkunft allzu gerne unter dem Deckel gehalten, um nicht zu beunruhigen. Das jüngste Beispiel sind die brutalen Gruppenvergewaltigungen in Schmitten. Viele Zeitungen erwähnten nie, dass die Täter ausnahmslos Ausländer und Eingebürgerte sind.

Unverbesserliche ausländische Jugendliche, die sich weigern, die Ordnung, die Rechte und Pflichten unseres Landes zu akzeptieren, und die Straftaten begehen, sind mit ihren Eltern des Landes zu verwei-

sen. Denn diese tragen an den Vergehen und Verbrechen ihrer Kinder grosse Mitschuld.

Wer sich nicht an die Regeln hält, soll die Konsequenzen dafür tragen. Es muss möglich sein, eine Einbürgerung nur auf Probe zu erteilen. Kriminellen Eingebürgerten ist die Schweizer Staatsbürgerschaft wieder zu entziehen. Vor jeder Einbürgerung ist kritisch zu überprüfen, ob der Gesuchsteller auch tatsächlich integriert ist und die Landessprache beherrscht. Alle diese Massnahmen sind dringend nötig, um in unserem Land die Sicherheit wiederherzustellen.

An dieser Herausforderung müssen wir alle mitarbeiten und unseren Teil dazu beitragen, um wieder die Sicherheit für die Menschen in unserem friedliebenden Land zu gewährleisten. In der Schweiz sollen sich Jung und Alt geborgen wissen. Das ist unsere Heimat und das soll auch so bleiben.

Die Menschen hinter den Zahlen

von lic. iur. Hermann Lei,
Rechtsanwalt,
Frauenfeld (TG)



Meine berufliche Tätigkeit als Rechtsanwalt bringt mich in Kontakt mit den Menschen, die hinter den Verbrechenstatistiken stehen. Sind bereits die blossen Zahlen steigender Kriminalitätsraten erschreckend, so sind die persönlichen Schicksale der Opfer schlicht niederschmetternd: Wenn ich Gewaltbetroffene vertrete, erlebe ich mit, was es bedeutet, Zielscheibe eines Verbrechens geworden zu sein. Während die Tat der Regionalpresse höchstens und bestenfalls eine Kurzmeldung wert ist, beeinträchtigt sie das Leben des Opfers und seines familiären Umfeldes über Jahre hinweg.

Ich kenne ältere Menschen, denen nach einem harten Berufsleben der wohlverdiente Lebensabend verloren geht: Der Entreisssdiebstahl einer Handtasche oder der Einbruch in ein Privathaus beispielsweise gehören in unserer verrohten Gesellschaft zum unspektakulären Alltag; für die Betroffenen aber bedeuten die Straftaten eine fatale Schicksalswende. Die ältere, noch durchaus rüstige Frau, der von Jugendlichen die Handtasche geraubt wurde, getraut sich ohne Begleitung nicht mehr aus ihrer Wohnung, kann also keine Einkäufe mehr tätigen und somit nicht mehr länger selbstständig ihren Haushalt führen. Zudem braucht sie psychologische Betreuung. Der betagte Mann, in dessen Haus während einer kurzen Abwesenheit eingebrochen wurde, fürchtete sich danach in seinem Eigenheim so sehr, dass er ins Altersheim übersiedeln musste.

Oft werde ich mit Fällen konfrontiert, in welchen eine Untat vorliegt, die sich

juristisch oder polizeilich kaum erfassen lässt, die dann auch in keiner Zahlensammlung auftaucht und doch gravierend auf das Leben der Opfer einwirkt – für mich ist klar: Die Kriminalitätsstatistik zeigt nur die Spitze des Eisbergs! Wer sich des Schicksals Betroffener annimmt, erkennt bald, dass von der sich ausbreitenden Gewaltmentalität eine eigentliche Terrorwirkung ausgeht. Und wer oft im Gerichtssaal steht, weiss, dass dieser Terror oft von ausländischen oder eingebürgerten Jugendlichen ausgeht. Ich kenne Kinder, die in der Schule schikaniert und erniedrigt werden, die ihr Taschengeld ihren (ausländischen) Mitschülern abliefern müssen oder die sich nicht mehr getrauen, ihre schweizerdeutsche Mundart zu sprechen, und sich Balkanslang aneignen, um nicht aufzufallen. Zumeist ignoriert die Lehrerschaft diesen niederschweligen Terror, sei es, dass ihnen Schlagzeilen über ihre Schule unlieb sind, sei es, dass sie ihre Erkenntnisse der politischen Korrektheit opfern.

Ich weiss von Mädchen und jungen Frauen, die nicht mehr mit dem Zug zur Arbeit reisen können, weil sie von Jugendgruppen systematisch belästigt und gedemütigt wurden. Polizei und Staatsanwaltschaft, immer häufiger überlastet und mit noch viel brutaleren Verbrechen beschäftigt, neigen dazu, solche Vorfälle als Bagatelle abzutun. Kommt es zu einer Verzeigung und zu einem Strafverfahren, steht Aussage gegen Aussage, die Untersuchung zieht sich dahin und wird schliesslich ergebnislos eingestellt. Die Opfer aber tragen schwer an den Folgen ihrer traumatischen Erlebnisse. Ihre Persönlichkeit wird durch die Erfahrung geprägt, schutzlos den Peinigern ausgeliefert zu sein. Junge Leute werden so in ihrer persönlichen Entwicklung massiv gestört, leiden in schlimmeren Fällen gar unter psychischen Störungen, ihre schulischen Leistungen gehen zurück, die Ausbildung steht auf dem Spiel. Soziale Fähigkeiten können sich nicht ausbilden oder verkümmern, was sich wiederum auf das ganze Umfeld der Opfer auswirkt. Der persönliche und der gesellschaftliche Schaden sind immens.

Wer erleben muss, was die (nur zu oft importierte) Gewalt zerstört, welches Leid sie anrichtet, empfindet unweigerlich Zorn und Verzweiflung angesichts der systematischen Verharmlosung der Gewaltkriminalität – es ist dies nichts anderes als Verrat an den wehrlosen Opfern!

Nationalrat Ueli Maurer, Präsident SVP

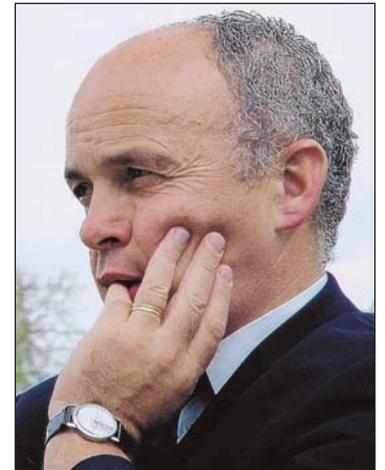
Die Demokratie verteidigen

Am 8. Februar 2004 hatte das Schweizer Stimmvolk über die «Initiative für lebenslange Verwahrung für nicht therapierbare, extrem gefährliche Sexual- und Gewaltstraftäter» abgestimmt. Zwei mutige Bürgerinnen hatten die Vorlage lanciert. Die SVP unterstützte das Anliegen, aber Medien, Bundesrat, Parteien und das Juristen-Establishment traten gegen das Begehren an. Ohne pralle Kampagnenkasse und ohne politisches Netzwerk gegen die Classe politique antreten – ein aussichtsloses Vorhaben der Initiantinnen? Nein. Das Volk entschied ganz klar. Über 56% der Stimmbürger sagten Ja. Ein Musterbeispiel also für das Funktionieren unserer direkten Demokratie?

Mitnichten. Die politische Realität sieht bedenklich aus. Linke und lebensfremde Intellektuelle wollen den Volksentscheid nicht akzeptieren. Seit der Annahme der Initiative wird der klare Wortlaut formaljuristisch zerredet. Die Abstimmungsverlierer verstecken sich hinter schwammigem Völkerrecht und schützen die Europäische Menschenrechtskonvention vor. Nur: Deren unübersichtliche und widersprüchliche Interpretationsliteratur füllt mittlerweile ganze Bibliotheken. Dementsprechend gross ist die Vielfalt der Rechtsmeinungen. So lässt sich jeder beliebige Standpunkt mit einem juristischen Plazet versehen. Damit gewinnt er an pompösen Begriffen und Formulierungen, nicht aber an Gehalt oder Glaubwürdigkeit. Was sich im Parlament nun abspielt, ist geradezu unglaublich:

Seit der Volksabstimmung ist die Verwahrung für Schwereverbrecher in der Verfassung festgeschrieben. Damit die Norm aber in der Rechtsprechung allgemein und einheitlich angewendet wird, muss sie in einem Ausführungsgesetz konkretisiert werden. Die Rechtskommission des Nationalrates, präsiert durch den Grünen Daniel Vischer, weigert sich nun, ein solches Gesetz zu erlassen. Damit bliebe die Verfassungsbestimmung toter Buchstabe. Das heisst, dass einige wenige Politiker sich anmassen, der Mehrheit des Volkes ihren Willen aufzuzwingen. Das bedeutet, dass ein Volksentscheid annulliert wird, weil er nicht im Sinne einer kleinen linksakademischen Elite ausgefallen ist. Man nennt das plebiszitäre Diktatur: Autokraten lassen ihre Politik durch das Stimmvieh absegnen. Das ist

unschweizerisch und undemokratisch. Denn in unserm Land gehen mündige Bürgerinnen und Bürger zur Urne. In unserm Land ist das Volk der Souverän, die oberste Macht. Über dem Volk steht niemand, weder Parlamentarier noch Juristen. Und schon gar nicht Volksbetrüger und fremde Richter.



Aus dem Musterbeispiel der direkten Demokratie ist ein Testfall für das Funktionieren unserer Volksrechte geworden. Wird die Verwahrunginitiative nicht wortgetreu umgesetzt, schliesst sich das wichtigste Kapitel der freiheitlichen Erfolgsgeschichte Schweiz. Und jeder Parlamentarier, der gegen das Ausführungsgesetz und damit gegen die Umsetzung des Volksentscheids stimmt, trägt Schuld daran.



© ronfromyork – FOTOLIA

Jetzt bis zu 60% Heizkosten einsparen!

Das zukunftsweisende Heizsystem erzeugt keine Emissionen wie:



Rauch Schwebepartikel Lärm Schmutz Feinstaub Co2

Wir beraten Sie gerne und unverbindlich vor Ort zu Komplettlösungen für das ganze Haus, Ferienhaus oder einzelne Räumlichkeiten wie Dachstock, Hobbyraum, Werkstatt, Keller, etc.

IHS Heiztechnik - 5432 Neuenhof - 056 406 42 12
m.kofmel@swissonline.ch



www.redwellness.ch

Hotel Alpenblick Fieschertal

Wellness-Hallenbad
Sauna-Dampfbad-Whirlpool

SVP-HIT

Mit diesem Gutschein übernachten Sie zum SVP-Spezialpreis von:

Fr. 50.-
pro Person/Nacht

- Übernachtung mit Frühstücksbüffet
- Benützung von Hallenbad, Sauna, Aromadampfbad und Tiefgarage

Familie Holzer Fabian - 3984 Fieschertal - Tel 0279701660 - Fax 0279701665
www.hotelalpenblick.ch - alpenblick@rhone.ch

Anita Chabaan kämpft mit aller Kraft für Gesetze: Extrem gefährliche Sexual- und Gewalttäter, die nicht mehr therapierbar sind, sollen lebenslänglich hinter Gitter (www.lebenslangeverwahrung.ch). Anita Chabaan hat es geschafft, die nötigen Unterschriften für die so genannte «Verwahrsinitiative» zu sammeln. Und das Volk sagte wuchtig Ja dazu. Doch wo bleibt die Umsetzung des Volkswillens?

Frau Chabaan, Sie haben mit einer kleinen Gruppe von Mitstreiterinnen und Mitstreitern die Verwahrsinitiative lanciert. Können Sie uns kurz in Erinnerung rufen, weshalb Sie sich politisch zu engagieren begannen?

Anita Chabaan: Mein Patenkind wurde am 2. Februar 1996 von einem Wiederholungstäter entführt, mehrfach vergewaltigt und

fast ermordet. Nur durch ihr instinktiv richtiges Verhalten und mit viel Glück überlebte das Kind dieses grausame Verbrechen.

Bald hatten Sie im Abstimmungskampf einen grossen Teil der Medien gegen sich. Wie haben Sie das damals empfunden?

Es war keine leichte Situation. Wir wussten, dass ein langer, harter Weg vor uns liegen würde.

Politisch gesehen waren Sie sehr erfolgreich. Die Initiative wurde vom Volk klar angenommen. Seither aber wird im Parlament auf Zeit gespielt; die gesetzliche Umsetzung wird von einflussreichen Kreisen mit fragwürdigen Machenschaften sabotiert. Was ist nun aus der Vorlage geworden?

Nach der Abstimmung wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Der Vorentwurf unserer Arbeitsgruppe ging in die Vernehmlassung. Danach wurden wichtige

Punkte der Gesetzesvorlage geändert. Es waren nur wenige Veränderungen, aber diese würden unsere Initiative praktisch zunichte machen. Nun will die Rechtskommission des Nationalrates nicht einmal mehr auf die Vorlage eintreten. Es wird argumentiert, die Vorlage widerspreche der EMRK, obwohl bereits 2003 die damals zuständige Bundesrätin Metzler in einer Parlamentssitzung darauf hinwies, dass gerade der Punkt der richterlichen Überprüfung nicht zwingendes Völkerrecht ist.

Sie haben das Volk überzeugt, nicht aber die Politiker – woran mag das liegen?

Ich bin überzeugt, dass es gewissen Leuten in der Politik nicht mehr um die Sache selbst geht, sondern dass vielmehr persönliche Gründe eine Rolle spielen. Nicht jeder Politiker oder Bundesbeamte lässt sich gerne von zwei gewöhnlichen Hausfrauen sagen, was zu tun ist. Es darf hier jedoch meiner Meinung nach keinen Platz für solche Machtspiele geben.

Einmalig an der direkten Demokratie ist ja, dass engagierte Bürgerinnen und Bürger wie Sie aktiv auf die Verfassung einwirken können. Obschon Ihnen das gelungen ist, droht das Anliegen nun von linken Kreisen blockiert zu werden. Glauben Sie noch an die direkte Demokratie?

Ich habe das Vertrauen in die Politiker unseres Landes verloren und ich denke, es geht vielen Schweizerinnen und Schweizern ähnlich. Sollte das Parlament nun nicht auf die Vorlage eintreten, würde es einen unserer wichtigsten Werte, nämlich die direkte Demokratie, mit Füssen treten. Ausserdem wäre es eine Verletzung der Bundesverfassung.

Was halten Sie von Volksvertretern, die einen Volksentscheid so eindeutig und vorsätzlich missachten?

Politiker, die einen Volksentscheid so eindeutig missachten, erfüllen ihren Auftrag nicht; sie sollten dann Farbe bekennen, wenn es um die Wahlen geht.

Aus den Kantonen

SVP Schaffhausen:

Göpf Werner neuer Fraktionspräsident

Nach der Wahl ihres bisherigen Fraktionschefs, **Markus Müller** (SVP, Löhningen), zum zweiten Vizepräsidenten des Kantonsrats hat die SVP-Fraktion des Kantons Schaffhausen einen neuen Vorsitzenden gewählt: **Göpf Werner** (SVP, Beggingen) wird ab sofort die Geschicke der Fraktion im Kantonsparlament leiten. Die Fraktion hat zudem ihr neues Fraktionsmitglied, **Rebecca Forster** (SVP, Dörflingen), willkommen geheissen und in ihrem Kreis aufgenommen. Sie ersetzt die auf Ende 2006 aus dem Rat ausgetretene Karin Spörli.

SVP Kanton Solothurn:

Herbert Wüthrich neuer Fraktionspräsident

Nach mehrjährigem Engagement für die SVP Kanton Solothurn, sei es als Gemeinderat, Kantonsrat, Kantonalpräsident oder Fraktionspräsident, ist **Kurt Küng** (Feldbrunnen) Ende 2006 zurückgetreten. Kurt Küng war auch auf nationaler Ebene in verschiedenen Gremien und Abstimmungskomitees

für die SVP tätig. Als Nachfolger im Kantonsrat wurde **Thomas Eberhard** (Bettlach) vereidigt. Zum neuen Fraktionspräsidenten wählte die SVP Kanton Solothurn **Herbert Wüthrich** aus Gerlafingen. Wüthrich präsidierte letztes Jahr als höchster Solothurner das Kantonsparlament.

Die SVP dankt den zurückgetretenen Mandatsträgern für ihren Einsatz und wünscht den neu Gewählten viel Erfolg im Amt.

Erfolg der SVP im Kanton Waadt

Im Kanton Waadt haben die Wahlen vom 11. März das Kräfteverhältnis der Parteien verändert: Die SVP ist zur drittstärksten Partei aufgestiegen. Sowohl in Wählerstimmen (15,6%) als auch in Mandaten (von 22 auf 26) hat unsere Partei zulegen können. Und Letzteres, obschon das Kantonsparlament von 180 auf 150 Sitze verkleinert wurde. Die extreme Linke, SP, Liberale und FDP gehören zu den Verlierern. Positiv ist auch die Bilanz der Exekutivwahlen: SVP-Regierungsrat Jean-Claude Mermoud wurde bereits im ersten Wahlgang gewählt. Herzliche Gratulation ins Waadtland.

Nationalrat Christoph Mörgeli (ZH)

Swissair, Swiss und Besserwisser

Der Strafprozess gegen die ehemaligen Swissair-Verantwortlichen verlief höchst eigentümlich. Angeklagte wie Ankläger warfen sich öffentlichkeitswirksam in Pose, als handelte es sich um eine Gerichtsshow von RTL. Stundenlange ermüdende Reden der Staatsanwälte, stundenlange ermüdende Reden der Verteidiger – und ein Schlüsselauftritt inklusive Tränenfinale des ehemaligen «Super-Mario». Offenbar ein «grossartiger Auftritt», Wort für Wort nachzulesen in seinem Hoforgan «Blick». Nur die Politiker fehlten vor den Schranken des Gerichts. Ihre Fehlentscheide ahndet kein Richter, ihr Versagen deckt offenbar der Mantel des Erbarmens zu. Auch wenn diese Fehlentscheide wohl weit vorsätzlicher waren als jene des früheren Swissair-Managements. Umso weniger sollten jetzt Politiker mit einer Selbstgerechtigkeit Justiz spielen, die denen der Angeklagten und der Ankläger in nichts nachsteht.

Mag die frühere Swissair das teure Hätschelkind der Freisinnigen gewesen sein, so war die teure Swiss das teure Hätschelkind der Sozialdemokraten. Mittlerweile sind für die nationale Fluggesellschaft Swiss mehrere Milliarden Steuergelder verbraten worden. Doch die linke «Wochenzeitung» schreibt immer noch tapfer: «Diese Zahlen zeigen, dass das Engagement von Bund, Kantonen und Privaten vielleicht in einem streng betriebswirtschaftlichen Sinn keine gute Investition war, dass aber das Geld volkswirtschaftlich keineswegs verloren ging.» Das Geschäftskonzept und die Grösse der Airline bis hin zur Anzahl Flugzeuge hatte die Politik diktiert. Allen voran die SP-Nationalräte Werner Marti und Susanne Leutenegger Oberholzer. Nun schreiben die beiden im Rückblick in der Parteizeitung «links.ch»: «Eine fast geschlossene besserwisserische Ökonomen-gilde war gegen das Kreditbegehren.» Tatsächlich hatten die führenden Schweizer Wirtschaftswissenschaftler ganz im Sinne der SVP einen schriftlichen Warnruf gegen das Staatsengagement erlassen – völlig zu Recht, wie das weitere Debakel zeigen sollte.

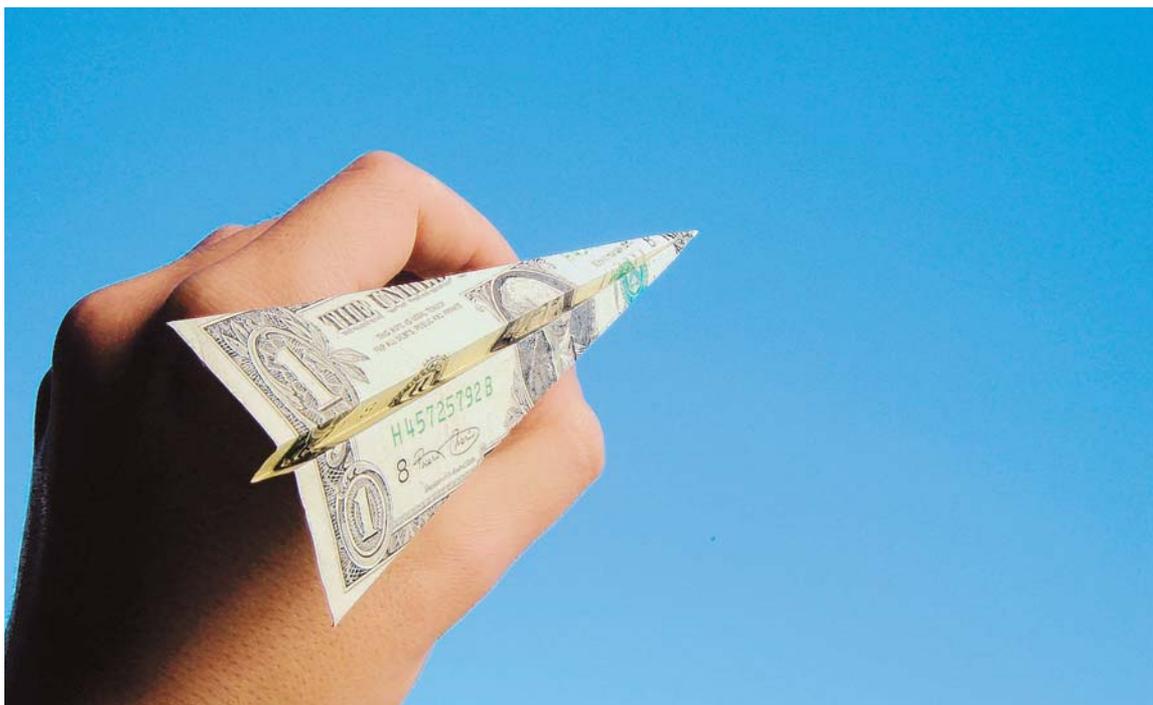
Wenn Preisüberwacher (!) Werner Marti schon von Besserwissern spricht, erinnern wir gerne an sein Votum in der Parlamentsdebatte vom November 2001: «Ich habe bereits ausgeführt, dass die Finanzkommis-



sion von dem Projekt in der Gröszenordnung von 26 Mittel- und 26 Langstreckenflugzeugen ausgeht. (...) Der Bund und die Finanzkommission sind nicht bereit und auch nicht verpflichtet, sich für ein Projekt zu engagieren, das unterhalb dieser Gröszenordnung bleibt.» Nachdem Marti Diktat des 26/26-Modells desaströs abgestürzt war, meinte der erklärte Feind aller «Besserwisser» in der Zeitschrift «Facts»: «Unsere Forderungen haben einen Abbau bis zu einer gewissen Schallgrenze immer erlaubt.»

Die SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer erwartete beim Swissair-Prozess «politisch und ethisch», dass «die Leute, die Verantwortung trugen, hinstehen und reden». Bei Frau Leutenegger Oberholzer muss freilich keiner befürchten, dass sie nicht hinsteht und redet – sofern irgendwo ein Mikrofon in erreichbarer Nähe liegt. Sie ist schon hingestanden und hat geredet, als es um die Zukunft der Swissair ging. In der Herbstsession 2001 liess die Sozialdemokratin triumphierend verlauten: «Wir dürfen das Geschäft nicht weiter den Banken und der Privatwirtschaft überlassen. Sie haben das Meisterstück mit dem Ruin der Swissair bereits vorgeführt.» Darauf lieferten die Sozis ihr eigenes Gesellenstück ab: mit der Swiss, die innerhalb von drei Jahren rund drei Milliarden Steuergelder vernichtete. Dabei war doch Frau Leutenegger Oberholzer zuvor hingestanden und sprach: «Die wirtschaftlichen Grundlagen dieses Projektes bedeuten, dass die neue Gesellschaft aufgrund ihrer tiefen Kostenstruktur sehr gute Chancen hat, nicht nur zu überleben,

© Aleksandar Milosevic – FOTOLIA



sondern auch in eine gute Zukunft zu fliegen.»

Wer nun auf etwas mehr Bescheidenheit hoffte, täuschte sich. Leutenegger Oberholzers wirtschaftspolitischer Sachverstand bahnt sich ungebrochen den Weg an die Öffentlichkeit. Sie ist nach wie vor überzeugt, die Swiss wäre auch ohne Rückzug des Staates wieder in die

Gewinnzone gekommen: «Man hätte nur etwas länger warten müssen.»

Ach so. Die SP-Fachfrau für Wirtschaftsfragen doppelt nach: «Der Bundesrat hätte anders handeln müssen.» Ach so. Aber wie sähe dieses «anders» aus? Noch mehr Steuergelder? Noch mehr Gewerkschaftseinfluss? Noch mehr politische statt unternehmerische

Entscheide? Warum gründet Leutenegger Oberholzer nicht einfach eine private Airline und lässt dann die Welt und die Schweiz an ihren Fähigkeiten teilhaben? Dort könnte sie so lange «etwas länger warten» und alles «anders» machen, wie sie nur möchte. Sie könnte hinstehen und reden und reden und hinstehen. Aber jetzt zu Gericht sitzen, nach-

dem man selber ein paar Milliarden versenkt hat, ist nur noch penibel. Für Leutenegger Oberholzer, für Werner Marti wie für alle anderen politischen «Besserwisser» sollte darum die gerichtliche Höchststrafe zumindest lauten: Hinsetzen und Mund halten!

FREIHEIT

Interview mit Nationalrat Peter Spuhler (TG):

IG Freiheit – Lobbyverband des Freiheitsgedankens



Nationalrat Peter Spuhler ist Präsident der IG Freiheit. Der Begriff Freiheit hat nicht für alle Leute die gleiche Bedeutung. Was verstehen Sie persönlich unter Freiheit?

NR Spuhler: Unter Freiheit verstehe ich, dass der Bürger die Eigenverantwortung wahrnimmt und nicht dem Staat die Verantwortung zuschiebt. Leider ist dies je länger, je weniger der Fall. Viele Bürger rufen

heute den Staat viel zu schnell um Hilfe an – ganz nach dem Motto «Der Staat löst mein Problem». In einem freien Land, das diesen Namen verdient, darf es nur einen Grund geben, in die Freiheit des Bürgers einzugreifen: nur dann, wenn die Einschränkung der Freiheit direkt nötig ist, um die Ordnung aufrechtzuerhalten, welche uns die Freiheit garantiert.

Als Präsident der IG Freiheit wollen Sie den Freiheitsgedanken stärken. Sie treten nicht nur gegen staatsgläubige Politiker an, sondern auch gegen den Zeitgeist. Ein ambitiöses Unterfangen?

Fangen wir doch gleich in den Fraktionen an. Bei jedem Vorstoss und jeder Vorlage müssen wir die Grund-

satzfrage stellen: Braucht es dieses Gesetz wirklich? Viele Gesetze sind nur Scheinlösungen und populistisch motiviert. Dagegen müssen wir ankämpfen.

Vor 20 Jahren ist die FDP mit dem Slogan «Mehr Freiheit, weniger Staat» an die Bürger herangetreten. Leider haben wir heute auch in den bürgerlichen Reihen viele, die immer mehr Verantwortung dem Staat abschieben. Mit der IG Freiheit wollen wir auf diese Missstände aufmerksam machen und die Eigenverantwortung und Selbstbestimmung wieder stärken. Es ist doch unglaublich, wie die Schweiz trotz bürgerlicher Mehrheit in den Räten den Bürger immer mehr durch Gesetze bevormundet und einschränkt.

Auch die Wirtschaftsverbände sollten vermehrt wieder die liberalen Grund-

sätze in den Mittelpunkt stellen. Sie sehen oft nur noch Einzelfragen und Partikularinteressen und vergessen dabei die grossen Zusammenhänge.

Ein Plädoyer für die Freiheit ist so lange populär, wie es abstrakt bleibt. Im politischen Alltag jedoch ist oftmals wenig populär, wer für die Freiheit kämpft. Sind Sie bereit, die Rolle des garstigen Spielverderbers zu spielen?

Wir müssen die Kraft aufbringen, auch zu populären Vorlagen, die in der Regel zusätzliche Staatsausgaben mit sich bringen, Nein sagen zu können. Der Staat muss sich auf seine Hauptaufgaben konzentrieren. Der Bürger muss sich umgekehrt darauf verlassen können, dass seine Privatsphäre und die Freiheitsrechte vor staatlichen Eingriffen geschützt sind.

Verleihung des rostigen Paragraphen

In den Anfängen des liberalen bürgerlichen Staates hatten Gesetze den Zweck, rechtliche Klarheit zu schaffen und individuelle Freiheit zu garantieren. Geschriebenes Recht sollte obrigkeitliche Willkür verhindern und Sicherheit gewährleisten. Das hat sich mittlerweile fundamental geändert. Die wild wuchernde Gesetzesproduktion schafft Unklarheit und engt die Freiheit ein. Im unübersichtlichen Gesetzeswirrwarr finden sich nurmehr die jeweils spezialisierten Juristen zurecht und die Regulierungsdichte erstickt Innovation und Initiative. Der Grundgedanke einer freiheitlichen Ordnung hat als gerne angerufenes, aber sinnentleertes Prinzip überlebt.

Das soll sich jetzt ändern – dem Freiheitsgedanken wieder Stimme und politisches Gewicht geben, gegen die Überregulierung kämpfen und für Selbstverantwortung eintreten: Mit diesem Ziel wurde im September 2006 die IG Freiheit als Zusammenschluss gesellschaftlich engagierter Persönlichkeiten gegründet.

Präsident Peter Spuhler und der überparteilich zusammengesetzte Vorstand streben nach dem Verbund aller freiheitlichen Kräfte.

Als plakative Geste soll von nun an jährlich der dümmste Vorstoss oder das unnötigste Gesetz ausgezeichnet werden. Im Rahmen eines stimmungsvollen Anlasses fand am 7. März die erstmalige Verleihung des rostigen Paragraphen statt. Als Preisträgerin wurde SP-Nationalrätin Doris Stump erkoren, die mit ihrem Vorstoss für ein Verbot sexistischer Werbung zahlreiche regulierungsfreudige Mitkonkurrenten ausgestochen hatte. Einen ernsthaften Kontrapunkt zur humorigen Preisverleihung setzte die Ansprache des Gastredners Bundesrat Christoph Blocher. In einem engagierten Votum nahm er gleich die neu gegründete IG Freiheit in die Pflicht: Freiheit muss immer wieder erkämpft und verteidigt werden; blosser Bekenntnisse reichen nicht aus.

Wir wünschen der IG Freiheit, dass sie den Härtesten besteht und Standfestigkeit beweisen wird – mit welchem ansprechendem Etikett die gesetzgeberischen Eingriffe auch immer präsentiert werden mögen.

Nationalrätin Jasmin Hutter, Altstätten (SG)

Wirtschaftsförderung: ein Widerspruch in sich

Die HUTTER BAUMASCHINEN AG mit Hauptsitz in Altstätten (SG) und Niederlassungen in Wangen a. d. A. (BE) und Palézieux (VD) ist die Nummer 1 im Schweizer Markt für Kleinbaumaschinen und HUKI-Raupenkipper. Wir beschäftigen 42 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, inkl. Baumaschinenmechaniker-Lehrlingen – alles Schweizerinnen und Schweizer. Mit innovativen Spitzenprodukten, lückenlosen Servicedienstleistungen und bestens ausgebildeten Fachkräften tun wir alles dafür, auch weiterhin Schweizer Marktführer zu sein.

Als typisches Familien-KMU setzen wir uns tagtäglich mit unsinnigen Gesetzen und Vorschriften, wie beispielsweise extrem komplizierten und völlig aus der Luft gegriffenen Zolltarifen, auseinander. Bürokratie pur, die lähmt und uns nicht selten daran hindert, unsere volle Kraft in das Wohlergehen der Unternehmung und aller Angestellten zu stecken.

Zu den unsinnigen Vorschriften gehört auch die unsägliche Partikelfilterpflicht für Baumaschinen. Die Schweiz kennt als einziges Land auf dieser Welt eine solche Vorschrift. Ein Partikelfiltersystem kostet den Bauunternehmer ca. 15 000 Franken, für eine Maschine, die nur einen Wert von etwa 20 000 Franken haben kann. Von der Funktionsfähigkeit gar nicht zu reden. Und warum das ganze Theater? Weil sich ein einziger externer Berater des Bundesamtes für Umwelt, der bekannte Andreas Maier, eine goldene Nase daran verdient. Maier ist Mitglied der internationalen Partikelfilterindustrie und hat somit ein direktes finanzielles Interesse an einer solchen Pflicht. Nicht nur das: Andreas Maier ist alleine für die Zertifizierung der Partikelfiltersysteme zuständig. Kostenpunkt pro zugelassenen Typ: 50 000 Franken. Ausserdem erstellt er die Zulassungsliste und verkauft gleich auch noch die dementsprechenden Kleber. Filz pur, staatlich geschützt und politisch gefördert. Auszubaden haben es die Schweizer Bauunternehmer und KMU wie unseres.

Ein weiteres Thema ist die Wirtschaftsförderung. Schon das Wort



alleine ist ein Widerspruch in sich. Unternehmer müssen doch nicht gefördert werden. Unternehmer sind eigenverantwortlich tätig. Jedes neue Gesetz bedeutet eine Freiheitsbeschneidung. Mit Wirtschaftsförderung werden ausländische Unternehmungen mit Steuerprivilegien oder günstigen Bodenpreisen in die Schweiz gelockt. Im St. Galler Rheintal haben wir Beispiele zuhauf. Diese Unternehmungen bleiben genauso lange, wie sie sich verpflichten zu bleiben. Diese ausländischen Un-

ternehmungen bieten ihre Arbeitsplätze hauptsächlich billigen Grenzgängern an. Was passiert aber mit uns KMU-Betrieben, die schon jahrelang regelmässig Steuern zahlen, sichere Arbeitsplätze für Einheimische anbieten und sich aktiv im Gesellschaftsleben engagieren? Wir schlagen uns mit immer neuen Gesetzen und Auflagen herum und wir zahlen für alles Gebühren und Steuern. Die ausländischen Konkurrenten hingegen werden staatlich gefördert. Das rühmt man dann als Wirtschaftsförderung. Was wir brauchen, sind weniger Gesetze und Vorschriften und weniger staatliche Eingriffe, damit wir unser Unternehmertum frei ausleben und so die Zukunft unseres Wirtschaftsstandortes sichern können. Denn wir KMU tragen Sorge zu unserer Heimat, unserer Schweiz.



Ständerat Maximilian Reimann (AG)

Kann Medienhetze die SVP stoppen?

Die SVP reitet auf einer Erfolgswelle. Mir persönlich wird das besonders bewusst, wenn ich mich an meine erste Fraktionssitzung im Jahre 1987 erinnere. Wir zählten damals 34 Mitglieder, waren die Nr. 4 unter den Fraktionen und hatten noch Platz in einem mittleren Sitzungszimmer. Heute zählt die Fraktion 65 National- und Ständeräte und ist damit ganz klar zur stärksten Kraft auf eidgenössischer Ebene aufgerückt. Es ist unser klares Ziel, diese Spitzenposition auch bei den nächsten Wahlen vom 21. Oktober 2007 zu behaupten. Aber mit grosser und teils unfairer Medienhilfe versuchen unsere politischen Gegner zur Linken, uns daran zu hindern.

Nicht zur Freude linkslastiger Journalisten

Als wir noch die Nr. 4 waren, liessen uns viele Medien in ihrer politischen Berichterstattung förmlich «links» bzw. «rechts» liegen. Mit zunehmender Stärke hingegen nahmen sie uns ins Visier und linkslastige Journalisten schossen permanentes Sperrfeuer auf uns ab. Ihr Ziel war es, unser Image in der Öffentlichkeit möglichst zu beschmutzen und uns damit zu schwächen. Für Leute wie einen Frank A. Meyer, den politischen Oberlehrer im Hause Ringier, oder für dessen welsches Pendant Jacques Pilet heiligte dabei der Zweck alle Mittel. So richtig angefangen hatte diese Entwicklung mit dem Nein der SVP zum EWR, was vielen sozialistisch-internationalistisch ausgerichteten Medienleuten nicht in den Kram passte. In der Folge versuchte man, die SVP zum Sündenbock von allem zu machen, was man im internationalen Kontext als Rückschritt oder Niederlage empfinden mochte. Selbst den leidigen Untergang der Swissair wollten gewisse Medien indirekt der SVP anlasten.

Tiefpunkte der Anti-SVP-Kampagne

Nun leben wir glücklicherweise in einem Land, wo die Medienfreiheit gewährleistet ist. Allerdings, bei den SRG-Medien ist diese Freiheit durch Verfassung und Gesetz klar eingeschränkt. So dürfen sie nicht einseitig auf eine missliebige Partei oder



Einzelperson losdreschen. Diesen Grundsatz hat das Schweizer Fernsehen aber krass verletzt, als es über Wochen und Monate genüsslich berichtete, gegen Parteipräsident Ueli Maurer laufe eine Strafuntersu-

chung wegen Urkundenfälschung. Nicht gesagt wurde dem TV-Publikum jedoch, dass der Urheber dieser Strafklage ein wegen dreifachen Mordes verurteilter Pseudo-Jurist namens Alfredo Lardelli war, der Publizität um jeden Preis suchte und sich mit TV-Leuten verbündete. Als die Klage im letzten Herbst vom zuständigen Bezirksgericht dann sang- und klaglos abgewiesen wurde, konnte unsere TV-Inlandmonopolanstalt diese Tatsache nicht länger unter Verschluss halten. Aber nicht genug damit. Am 13. Dezember ging SF DRS gar so weit, dem Mörder und Hochstapler Lardelli in einem längeren Filmbeitrag förmlich den Hof zu machen. Unter ethischem Aspekt ein absoluter Tiefpunkt in der Geschichte des Schweizer Fernsehens.

Private Medien hingegen sind nicht gehalten, Rücksicht auf die Grundsätze von Ausgewogenheit und Fairness zu nehmen. Das tut im Verhältnis zur SVP auch die in meinem Kanton am meisten verbreitete Aargauer Zeitung mitunter nicht. An der SVP-Basis gärt es deswegen nicht wenig. Hoffentlich war hier die Ausgabe vom 4. Januar der Tiefpunkt gewesen. Da hatte man es zunächst dem Zürcher Sozialisten, parlamentarischen Spesenritter Nr. 1 und Armeeabschaffer der ersten Stunde, Andreas Gross, in einem Gastkommentar ermöglicht, rücksichtslos über den ihm unbeliebten Bundesrat Blocher herzufallen. Gleichzeitig brachte man es fertig, den Wahlauftritt der SVP in einem halbseitigen Interview mit dem Präsidenten des Ziegenzüchterverbandes ins Lächerliche zu ziehen und ihm die übergescheiterte Frage zu stellen, ob es ihn störe, dass die SVP einen Geissbock namens Zottel (im Internet unter www.svp-zottel.ch) zum Wahlmaskottchen genommen habe. Wir werden wieder einmal kaum darum herumkommen, uns mit teuren Inseraten faire Präsenz in den Medien zu erkaufen.

© Julia Britvich – FOTOLIA



So umgehen Sie Filter der Redaktionen



Tipps für Ortsparteien, Kantonalparteien und Kandidaten der SVP, von Roman S. Jäggi, Pressesprecher der SVP Schweiz

Wenn Zeitungen blocken, Leserbriefe ablehnen, Personen oder die SVP lächerlich machen und von SVP-Vertretern ständig das hässlichste aller verfügbaren Archivbilder publizieren, gibt es verschiedene Möglichkeiten, wie man Botschaften dennoch zu den Leuten bringen kann, ohne den Filter einer Redaktion. Wenn ein **Gespräch mit dem Chefredaktor** der betreffenden Zeitung nichts gebracht hat, verwenden Sie die Zeit fortan lieber für die Suche nach neuen Wegen zum Ziel:

1. Suchen Sie sich die **grösste Konkurrentin** der «missliebigen» Zeitung aus. Das kann auch ein Anzeiger oder eine Wochenzeitung im gleichen Streugebiet sein. Lassen Sie tolle Neuigkeiten (so genannte **Primeurs**), wie etwa den Namen des nächsten Regierungsratskandidaten oder die Nationalratskandidatur einer prominenten Person usw., nur noch diesem Konkurrenzblatt zukommen. Die Redaktion der anderen Zeitung geht leer aus. Das wird über kurz oder lang massiven internen Druck auf die betreffenden Journalisten der «missliebigen» Zeitung auslösen. Nach einigen Monaten wird man mit Ihnen das Gespräch suchen und die Zusammenarbeit auf eine neue Basis stellen.
2. Wenn alle Redaktionen blocken, herunterspielen oder vertuschen, gibt es die Möglichkeit, eine wichtige Botschaft auf einem **Flugblatt in sämtliche Briefkästen** einer Region zu verteilen. Um ein Flugblatt in jeden Briefkasten einer kleinen Gemeinde mit 1000 Haushaltungen verteilen zu lassen, bezahlt man bei der Post (Promo-Post für politische Werbung) nur etwa 115 Franken. Bei 15000 Haushaltungen sind es 1725 Franken. Dafür lässt sich meistens ein Spender finden. Tipp: Lassen Sie die Flugblätter zentral drucken und über Ihre Ortsparteien bei deren Postbüros aufgeben.
3. Bauen Sie in Ihrem SVP-Internetauftritt eine Mailinglist (**Newsletter-System**) ein. Dort sammeln Sie die **E-Mail-Adressen** aller Mitglieder und Sympathisanten der SVP (und viele mehr). Wenn Sie auf einen Schlag ein paar Hundert oder gar Tausend E-Mail-Adressen in Ihrer Region mit einer ungefilterten Botschaft bedienen können, umgehen Sie die Redaktionen gänzlich. Zudem ist ein E-Mail sofort beim Empfänger, während die Tageszeitung erst am nächsten Tag erscheint.
4. Sie sind frei, bei welcher Zeitung Sie als Partei **Inserate** schalten wollen. Die Auswahl der Zeitungen und die Grösse der zugeteilten Inserate können durchaus Ihren Erfahrungen mit den jeweiligen Blättern angepasst werden. Es gibt zwar die Pressefreiheit, aber es gibt auch die freie Marktwirtschaft. Also haben Sie keine Hemmungen davor, eine faire Zusammenarbeit mit einem grösseren Inserat zu belohnen und umgekehrt.

Was Sie jedoch nicht tun sollten, ist bestimmte Medien von den **ordentlichen Pressemitteilungen** auszuschliessen. Bedienen Sie stets alle Redaktionen gleichzeitig. Laden Sie alle Redaktionen zu Ihren Pressekonferenzen ein. Was die bedienten Redaktionen dann aus den Mitteilungen machen, bleibt ihre Sache. Jedoch dürfen Sie Redaktionen, die Ihnen gegenüber wohlwollend eingestellt und fair sind, ab und zu mit einem Primeur beglücken. Schliesslich ist Medienarbeit ein Geschäft wie jedes andere. Auch hier wäscht eine Hand die andere. – Viel Erfolg!

So gewinnen wir 100000 neue SVP-Wähler!



Nationalrat Toni Brunner (SG), SVP-Vizepräsident und Wahlkampfleiter Deutschschweiz

Die SVP will auch nach dem 21. Oktober 2007 die stärkste Schweizer Partei sein und ihre Position weiter ausbauen. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir 100000 neue Wählerinnen und Wähler dazugewinnen. Wenn jedes Mitglied nur eine neue Wählerin oder einen neuen Wähler für die SVP an die Urne bringt, haben wir unser Wahlziel schon fast erreicht. Daher ist jeder und jede von uns aufgefordert, bis zum Wahltag mindestens einen neuen Wähler für unsere Partei zu gewinnen. Im Familien-, Freundes- und Bekanntenkreis müssen wir uns umschaun und ausfindig machen, wer 2003 nicht unsere Partei gewählt hat oder, noch schlimmer, wer der Urne gänzlich ferngeblieben ist. **Sie werden über diese Aktion von unserem Parteipräsidenten Ueli Maurer schon bald**

direkt informiert. Verknüpft wird diese Wähleraktion mit einem attraktiven Wettbewerb. Schon jetzt darf ich Ihnen den ersten Preis verraten: eine Woche Ferien in der Olympia-Suite des Hotels von den Skistars **Pirmin und Monika Zurbriggen** in Zermatt.

Wir brauchen jedoch nicht nur neue Wähler, sondern auch mehr SVP-Mitglieder. Es ist erwiesen: Mehr Mitglieder bringen auch mehr Wähler. Wir werden im Wahljahr ab Ende April aus den eingegangenen Neumitgliedern jede Woche ein «Neumitglied der Woche» sowie einen «Werber der Woche» (wirbt neues Mitglied) im Internet vorstellen. Das Wahljahr wird also interessant. Machen Sie mit. Motivieren Sie jetzt Ihre Familie, Freunde und Bekannte zu einem Beitritt zur SVP!

Wer IV-Missbrauch duldet, fördert ihn

Die neuen Zahlen des Bundesamtes für Sozialversicherungen zur Invalidenversicherung (IV) sind zwar besser als auch schon. Aber Achtung: Die IV schreibt weiterhin ein Defizit in der Höhe von 1,5 Milliarden Franken pro Jahr. Die bisher ergriffenen Massnahmen genügen also noch lange nicht, um die IV zu gesunden. Es braucht mehr: Die 5. IV-Revision, über die das Volk im Juni abstimmen kann, ist angesichts dieser Zahlen dringend nötig. Doch SP und Grüne sträuben sich aus rein ideologischen Gründen gegen jede Revision der IV. Damit nehmen die Linken in Kauf, dass die IV langsam Bankrott geht.

Die Zahlen für 2006 zeigen folgendes Bild: 16 Prozent weniger Neurenten als im Vorjahr und 30 Prozent weniger als 2003. Rückgang der Erstanmeldungen von 79000 auf 76000. Anstieg der Ablehnungsquote von 42 Prozent auf 45

Prozent. Trotzdem sind die Missstände bei der IV noch so gross, dass sie auch dieses Jahr wieder rund 1,5 Milliarden Franken mehr ausgibt, als sie zur Verfügung hat. Mit anderen Worten: Der Schuldenberg der IV wächst Richtung Zehn-Milliarden-Grenze. Umso verständlicher ist die Haltung von SP und Grünen, die noch immer jede Reform der IV verhindern und so den IV-Missbrauch nicht nur sanktionieren, sondern sogar fördern. Damit nehmen sie in Kauf, dass die Renten der wirklich betroffenen Menschen immer unsicherer werden. **Die Linken lassen die IV schrittweise ausbluten. Echte Behinderte fallen immer häufiger zwischen Stuhl und Bank.**

Die SVP setzt sich für eine nachhaltige ausgabenseitige Sanierung der IV ein. Dafür ist die 5. IV-Revision ein erster wichtiger Schritt. Weitere müssen danach folgen. **Deshalb haben die Delegierten der SVP am 17. März an ihrer Versammlung in Lugano die Ja-Parole zur 5. IV-Revision beschlossen.**

..... Expl.	Rucksack robust und praktisch, für Sie und Ihn!	Fr. 25.–
..... Expl.	Seidenfoulard Stilvoll und diskret für die Partei werben!	Fr. 79.–
..... Expl.	Sitzungsmappe schwarzes Kunstleder, A4, diskrete Logo-Prägung	Fr. 49.–
..... Expl.	Pin ab 10 Stück Fr. 6.–/Stück	Fr. 7.–
..... Expl.	Poloshirt <input type="checkbox"/> dunkelblau <input type="checkbox"/> weiss / Grösse (S, M, L)	Fr. 40.–
..... Expl.	Post-it Block à 50 Blatt	Fr. 2.–
..... Expl.	Offiziersmesser Original-Victorinox	Fr. 20.–
..... Expl.	Kleber Bogen à 35 Kleber	Fr. 6.–
..... Expl.	Jass <input type="checkbox"/> französisch <input type="checkbox"/> Deutschschweizer	Fr. 3.–
..... Expl.	Ballone Sack à 50 Stück	Fr. 40.–
..... Expl.	Kugelschreiber	Fr. 2.50

Name

Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Telefon

Mail

Ort

Datum

Unterschrift

**Bitte Talon einsenden an:
Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern
per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch**

Online-Bestellung auf www.svp.ch

VERSETZEN SIE BERGE MIT DEN HART-ARBEITERN VON HUTTER

Wenn Sie in Sachen Produkte-Qualität und Service keine Kompromisse eingehen möchten, dann liegen Sie hier genau richtig. Mit unseren leistungsstarken HUTTER Raupenkippern und Kleinbaggern sind wir seit Jahren die Nummer 1 in der Schweiz. Dazu kommen ausgezeichnete Verdichtungsgeräte, ein vollständiges Zubehörangebot und natürlich ein Service vom Feinsten. Setzen Sie auf HUTTER und versetzen Sie Berge.



HUTTER BAUMASCHINEN AG
Transportstrasse 6, 9450 Alistätten SG
Tel. 071 757 86 70, Fax 071 757 86 76
info@hutter-baumaschinen.ch
www.hutter-baumaschinen.ch

Stadthof 6, 3380 Wangen a. Aare
Tel. 032 636 03 60, Fax 032 636 03 63
Zone Industrielle du Grivaz, 1607 Palézieux
Tél. 021 781 34 20, Fax 021 781 34 23

